**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 61 (1967)

**Heft:** 12

**Artikel:** Karl Dellberg eröffnet die 38. Legislaturperiode des Nationalrates

Autor: Dellberg, Karl

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-141319

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mehr ein Brot kaufen, von den Herzpillen ganz zu schweigen, die sie braucht, weil sie so viele Treppen steigen muss: ein Zimmer im Parterre oder in einem Miethaus mit Lift ist für sie zeit ihres Lebens vollkommen unerschwinglich.

Und dann haben wir heute die Pflicht, noch weiterzudenken.

An jenem Tag der Gerechtigkeit werden wir, eine wohlhabende, gutgenährte Minderheit, der armen, unterernährten Mehrheit unserer Zeitgenossen gegenüberstehen, die reichen Völker des Nordens neben den armen Völkern des Südens. Und dann? Ja, dann werden schlagartig unsere Klagen über die vielen Sammlungen, Einzahlungsscheine, Kässeliaktionen und «Betteleien» auf unseren Lippen verstummen, für immer verstummen! Dann werden wir die Hungernden sein: hungernd nach der Gunst dieser unterernährten Inder, Algerier, Sizilianer – hungernd nach einem Wort, nach einer Gebärde der Vergebung von ihrer und damit von Gottes Seite! Aber dann, sagt Jesus, wird uns mit dem knausrigen Mass zugemessen werden, das wir verwendet haben. Oder es wird uns mit der grossen Kelle angerichtet, die wir vielleicht - hoffentlich! - gebraucht haben. Dabei wird Gott selbst nicht knausrig, nicht pedantisch sein. Alles, was wir tun und geben können, ist zuwenig. Doch unsere kleinen Opfer werden, sofern es Opfer waren, grosszügig aufgerundet durch Gott: «... und es wird euch noch hinzugefügt werden!»

So wird der Tag der Gerechtigkeit ein Tag der Gnade, ein Tag grossherzigen «Hinzufügens» sein. Wir werden uns zwar nur schämen können über das, was wir zuwenig gegeben, zuwenig geschenkt und geholfen haben. Grösser jedoch als unsere Scham wird der Jubel sein über den Gnadenreichtum, der denen gegeben wird, die selber gegeben haben.

Die Geizhälse, die Knausrigen, die Egoisten allerdings werden abseits vom Jubel stehen: für ihre kleinen Seelen war Gottes Gnade schon immer zu gross. Weil sie nie viel gaben, sind sie auch nicht fähig, viel zu empfangen. «Wenn einer Ohren hat zu hören, der höre!»

Kurt Marti, «Das Markus-Evangelium» (siehe Besprechung im Novemberheft)

# Karl Dellberg

eröffnet die 38. Legislaturperiode des Nationalrates

Wir freuen uns, den Lesern der «Neuen Wege» den Wortlaut der Rede zu bieten, mit der unser sozialistischer Gesinnungsfreund Karl Dellberg als Alterspräsident des Nationalrates am 4. Dezember die 38. Legislaturperiode eröffnete. Hätten mehr Leute den Mut und die Überzeugungstreue dieses Kämpfers aus dem Wallis, so wäre vieles in der Schweiz besser bestellt.

Meine Herren Nationalräte, Meine Herren Bundesräte,

Ich begrüsse Sie, meine Herren, zur ersten Sitzung der 38. Legislaturperiode in der 120jährigen Geschichte unseres Bundesstaates. Ich begrüsse die 155 wiedergewählten Kollegen, die dem Rate bereits angehörten. Ganz besonders aber möchte ich in unserer Mitte willkommen heissen die 45 Kollegen, die erstmals im Rate Einsitz nehmen. Ihnen wünsche ich, dass sie sich möglichst rasch in die Geschäfte, die unser harren, einarbeiten und mit ihrem Wissen und ihrer Arbeitskraft an der Lösung der vielen grossen Probleme beitragen. Ein Wort des Dankes und der Anerkennung den 35 Mitgliedern unseres Rates, die freiwillig zurückgetreten sind; aber auch den Zehn sei Dank gesagt, die die Ungunst der Wähler nicht mehr an unseren Arbeiten teilnehmen lässt.

Die Wahlen vom 28./29. Oktober 1967 haben weder den Nationalrat noch den Ständerat wesentlich verändert. Die kleinen Verschiebungen im Stärkeverhältnis der Ratsparteien lassen die Möglichkeit einer Änderung unserer allgemeinen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik nicht erwarten. Die Verstärkung der Fraktion des Landesringes mit sechs Mann und die neue Fraktion der Partei der Arbeit sind trotzdem zu begrüssen. Meine Partei, die einst voranstürmende Sozialdemokratische Partei, hat erneut einen Rückschlag erlitten: von einst 28 Prozent der Wähler ist sie auf 24 Prozent gesunken. Die Besinnung auf ihr Sein und ihre Aufgabe ist unerlässlich. Mehr als betrüblich ist in unserer «Männerdemokratie» die Tatsache, dass sie den Frauen immer noch nicht die gleichen politischen, sozialen und Familienrechte gibt. Die Wahlen vom 28./29. Oktober 1967 riefen uns diese Tatsachen erneut in Erinnerung. Wie lange noch wollen die Männer warten, bis sie ihren Müttern, ihren Frauen, ihren Schwestern, ihren Töchtern die politischen, sozialen und Familienrechte zubilligen wollen?

## Tatsachen, die heute die Welt erschüttern

An der im November 1967 tagenden Konferenz der FAO (UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) stellte der Präsident, Sen, fest: «Gegenwärtig gibt es in der Welt mehr an Hunger und Unterernährung leidende Menschen als je zuvor. Die Kluft zwischen den Industrienationen der nördlichen Hälfte und der hungernden, industriearmen Völker der südlichen Hälfte der Erdkugel wird grösser, sie überschattet an Explosivgehalt die Spannung zwischen Ost und West und überlagert sie. Weder die Bereitschaft der reichen Nationen, mit den Armen zu teilen, noch die grossen Anstrengungen der Armen zur Verbesserung ihres Loses konnten einen grundlegenden Wandel herbeiführen. Die Nahrungsmittelproduktion in den industriearmen Ländern hält mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt; sie fiel sogar in dem letzten Jahrzehnt zurück und dies trotz gewährter Entwicklungshilfe. Eine Hungerkatastrophe ungeheuerlichen Ausmasses droht in diesen Teilen der Erde, sollte es nicht gelingen, durch Familienplanung die Bevölkerungsvermehrung einzudämmen. Sie scheiterte bisher an Vorurteilen aller Art. Es erhebt sich die beängstigende Frage: Kann der Friede in der Welt gesichert werden, wenn sich um die Inseln der reichen Nationen unermessliches Elend bildet?»

Und Abbé Pierre antwortete (hier in Bern): «Der Krieg droht, solange

wir den unterentwickelten Völkern ihre Produkte zu Spottpreisen abnehmen und ihnen unsere Industrieprodukte zu teuer verkaufen.» Die reiche Schweiz mit ihrem Bruttosozialprodukt von rund 65 Milliarden Franken tut ihre Pflicht gegenüber ihren armen Menschenbrüdern keineswegs. Unsere aktive Solidarität mit der dritten Welt ist über Anfangsbemühungen nicht hinausgekommen. Von unseren bald 2000 Millionen Franken für Kriegsausrüstungen sollten wir 200 Millionen Franken für die «armen» Brüder in der ganzen Welt für die Bekämpfung des Hungers, der Unwissenheit, der Krankheit und die Erziehung ausgeben! Das verlangt die soviel gerühmte Solidarität!

In seinem Rundschreiben «Über den Fortschritt der Völker» vom 26. März 1967, Ziffer 51, schreibt Papst Paul VI.: «... ein Teil der für militärische Zwecke ausgegebenen Gelder sollte verwendet werden, um den Allerärmsten zu helfen.» Und in Ziffer 55: «Wenn so viele Völker Hunger leiden, wenn so viele Familien im Elend sind, wenn so viele Menschen in Unwissenheit dahinleben, wenn so viele Schulen, Krankenhäuser, richtige Wohnungen zu bauen sind, dann ist jede öffentliche und private Vergeudung, jede aus nationalem oder persönlichem Ehrgeiz gemachte Ausgabe, jedes die Kräfte erschöpfende Rüstungsrennen ein unerträgliches Ärgernis. Wir müssen das anprangern! Möchten uns doch die Verantwortlichen hören, bevor es zu spät ist.» Und um in Ziffer 55 zu schreiben: «Es geht um das Leben der armen Völker, es geht um den inneren Frieden in den Entwicklungsländern. Es geht um den Frieden in der Welt. Alle Menschen sind Brüder! Tun wir unsere Bruderpflicht!»

Mehr und mehr wühlt der Krieg in Vietnam die Gewissen der Menschen auf. Die grossen USA führen hier einen Vernichtungskrieg gegen ein kleines Volk. Bombenteppiche sind an der Tagesordnung. Mensch, Tier und Natur werden unbarmherzig vernichtet. Lidice und Oradour wurden von den Horden Hitlers dem Erdboden gleichgemacht. Die Welt entsetzte sich. Gegen das Ungeheure, das in Vietnam geschieht, regt sich das Weltgewissen nur sachte. Die Amerikanisierung hat die alte Welt erfasst. Sie schweigt und mit ihr unsere Schweiz! Um so kräftiger regt sich das Gewissen der Menschen, die noch an den Sinn des Lebens glauben und immer noch hoffen, dass Friede werde auf Erden!\*

## Vor 120, 100 und 50 Jahren Vom 29. November bis 8. Dezember 1847

fand in London der 2. Kongress des «Kommunistenbundes» statt. Marx und Engels wurden vom Kongress «mit der Abfassung eines für die Öffentlichkeit bestimmten, ausführlichen theoretischen und praktischen Parteiprogramms» beauftragt. Im Dezember wurde mit der Abfassung begonnen, und im Januar 1848 ging es an die Druckerei in London. Es ist eine all-

<sup>\*</sup> Auf Betreiben der Bundesräte Bonvin und Spühler wurde dem Rate eine wesentlich zahmere schriftliche Version dieses Abschnittes über die USA ausgehändigt. Karl Dellberg las aber seine eigene unzensurierte Fassung!

gemeinverständliche, präzise und eindrucksvolle Zusammenfassung der Ideen von Marx und Engels. Es beginnt mit der berühmten Feststellung: «Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. In der bürgerlichen Gesellschaft stehen sich zwei Klassen gegenüber: «Bourgeois und Proletariat». Das «Kommunistische Manifest» bleibt eines der grossen politischen Sprachkunstwerke seines Jahrhunderts. Grossartig, echt und von allen Einwänden unberührt wirkt auch das Pathos der Anklage, mit welchem die rücksichtslose Ausbeutung einerseits, die furchtbare Verelendung und Versklavung anderseits angeprangert wurde. In der Notwendigkeit dieser Anklage beruht die sittliche Berechtigung des «Kommunistischen Manifests».

Die hinreissenden Schlusssätze: «Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder vereinigt Euch!» blieben vorerst ohne grosse Folge. Der «Bund der Kommunisten» war an Zahl zu klein und die Industriegesellschaft zuwenig entwickelt. Aber mit ihrer Ausdehnung in Europa und in der Welt wurde das «Kommunistische Manifest» zum Weckruf der Arbeiterschaft in der Welt! Marx ist es gewesen, der entdeckt hat, dass der Kapitalismus die Beziehungen der Menschen in die Beziehungen der Sachen verwandelt, dass er die Menschen selbst versachlicht.

## 1867, im August

erschien der erste Band des «Kapitals» von Marx, mit dem Untertitel: «Der Produktionsprozess des Kapitals». Der zweite Band sollte im Herbst 1867 und der dritte Band im Frühjahr 1868 erscheinen. Marx erlebte ihr Erscheinen nicht mehr. Das «Kapital» ist die wissenschaftliche Begründung des «Kommunistischen Manifests». Das «Kapital» war von grossartiger unmittelbarer Bildkraft. Gerade als Thesenbuch, das es war, hatte es seine tiefe Berechtigung. Für die Arbeiterschaft jener Zeiten führte das «liberale» Kapital zu den Elendslagen von Manchester, der schlesischen Weber (Hauptmann), der französischen Bergarbeiter Germinal (Zola), der Textilarbeiter in der Schweiz (Brand von Uster), zur Kinderausbeutung, 14- bis 16stündige Arbeitszeit usw., usw.!

Seine damaligen Feststellungen sind heute noch in den unterentwickelten Ländern und Erdteilen Tatsachen und die Lösungen die einzig möglichen! Siebzehn katholische Bischöfe der «Dritten Welt», von Brasilien bis Singapur, stellen das am 31. August 1967 in «Témoignage Chrétien» auf vollen drei Seiten fest.

#### 7. November 1917

Die Bolschewiki ergriffen in Russland die Macht. Die im Februar begonnene bürgerliche Revolution in eine proletarische überzuleiten, war ihr Ziel. Auf der Grundlage des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln musste das in jeder Beziehung rückständige Russland in einen modernen Industriestaat verwandelt werden.

Die junge Sowjetunion musste nach den furchtbaren Verheerungen des Ersten Weltkrieges aus dem Nichts die neue Ordnung aufbauen. Dann kamen neue, womöglich noch grössere, ärgere Verwüstungen, die durch die Interventionskriege der kapitalistisch-konservativen Kräfte des Auslandes herbeigeführt wurden. Und dann kam der Zweite Weltkrieg, der keinem Lande ausser Polen derartige Opfer auferlegt hat wie der Sowjetunion. Alle bekannten Zahlen geben nur einen blassen Begriff von den unermesslichen Leiden, mit denen die Sowjetunion ihre Abwehr des deutschen Eroberungskrieges bezahlt hat. Angesichts all dieser Tatsachen - innert 50 Jahren, wovon 20 Jahre Krieg – erscheint es wie ein eigentliches Wunder, dass die Sowjetunion dennoch zur zweitgrössten Industriemacht aufgestiegen ist! Die Lebenshaltung des Sowjetvolkes hat sich bedeutend gehoben, trotz allen offenkundigen Mängeln. Was die Sowjetunion in der Volksbildung, in der Verbreitung von Wissenschaft, Literatur und Kunst, in der Modernisierung ihrer Wirtschaft und materiellen Zivilisation in dieser kurzen Zeit vollbracht hat, gehört zu den erstaunlichsten Leistungen, die in der Menschheitsgeschichte auf diesem Gebiet zu verzeichnen sind. Nur Unwissenheit oder Borniertheit kann das im Ernst noch leugnen! Von der Russischen Revolution ging ein gewaltiger Anstoss zur Befreiung nicht nur der westlichen Völker vom Kapitalismus, sondern noch viel mehr der farbigen Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vom Kolonialismus und Imperialismus des Westens aus! Die Russische Revolution löste eine ganze Kettenreaktion von Aufständen kolonial ausgebeuteter Völker und Völkergruppen in Indien, Persien, in Korea und Ägypten, in Syrien und Marokko, in Mexiko und vielen andern Ländern in Lateinamerika aus. Mit dem Durchbruch der Chinesischen Revolution 1949 erreichte sie ihren Höhepunkt!

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging dann auch eine Reihe von ostmitteleuropäischen Staaten ins Sowjetlager über, um ihre nationale und soziale
Freiheitsbewegung gegen einen neuen Vorstoss des deutschen Imperialismus zu sichern. So entstand ein von der Elbe bis zum Gelben Meer
reichendes System von 14 sozialistisch ausgerichteten Staaten, das ist mehr
als eine Milliarde Menschen – ein Drittel der Erdbevölkerung. Die jungen
Nationalstaaten Asiens und Afrikas, die den nichtkapitalistischen Weg eingeschlagen haben, nicht mitgerechnet.

Auch im kapitalistischen Westen, unter Führung der USA, hat die Wirtschaftsplanung eingesetzt. Dazu das plötzliche Entgegenkommen für die Forderungen der Arbeiterschaft auf höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, mehr Ferien, allgemeine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, umfassende Sozialversicherung, krisenbekämpfende Massnahmen zur Vollbeschäftigung usw., usw. Der westliche Kapitalismus verfolgt nicht aus innerer eigener Gesetzmässigkeit das Ziel der «Wohlstandsgemeinschaft», sondern unter dem äusseren Druck eines anderen sozialen Prinzips! Der Kampf um das Wirtschaftsprinzip: Deckung der Bedürfnisse des Volkes, des Dienens und des gemeinsamen Wohles geht weiter. Der endgültige Sieg des «sozialen» Prinzips des Dienens ist gewiss!

«Der Bund hat den Zweck... der Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt der Eidgenossen.»

So steht es im zweiten Artikel unserer Bundesverfassung. Seit 1848! Bis 1967 ist es trotz vielen Bemühungen noch nicht gelungen, diese «gemeinsame Wohlfahrt» allen sechs Millionen Schweizerinnen und Schweizern zu sichern. Immer noch leben über eine Million Schwestern und Brüder in einem materiellen, kulturellen und geistigen Notstand! Insbesondere die behinderten Jungen und Alten, die Kranken und Invaliden, die Alten und mit ihnen Tausende von Mitbürgerinnen und Mitbürgern der unteren Volksschichten! In der heutigen Zeit des Wissens, des Fortschrittes in Forschung, der Technik und Wissenschaft, im Zeitalter der Computer, der Überschallgeschwindigkeit, der Verwendung der Atomenergie, der Erforschung des Kosmos usw., usw., des hoch angewachsenen Volkseinkommens und Volksvermögens ist eine Gewissensforschung unerlässlich.

Zwei Millionen Jugendlichen bis zu 20 Jahren müssen wir jetzt Erziehung, Allgemein- und Berufsbildung, Bildung der Herzen und des Geistes geben, damit sie der neuen, schweren Zeit gewachsen sind. Für sie wird die Entwicklung in allem noch stürmischer vorwärtsgehen. Daher die heiligsten Feuer in die Herzen, die hellsten Sonnen in die Köpfe der Jugend! Bereit sein ist alles. Der Jugend meines Wallis danke ich für den siegreichen Kampf, den sie für meine Ideale so hinreissend geführt hat.

Die Zukunft braucht ganze Menschen, braucht Spezialarbeiter, Facharbeiter, Techniker und Wissenschafter in allen Berufen. Wissen ist Macht und durch Bildung zur Freiheit im Leben, in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur! Die menschlichen und geistigen Anlagen in allen jungen Menschen müssen geweckt und gefördert werden. Volksschulen, Mittelschulen, Hoch- und Berufsschulen müssen unentgeltlich sein für Material und Schulung, für Nahrung und Unterkunft. Besonders gefördert werden müssen die Kinder aus Arbeiter- und Bauernkreisen. Es darf nicht mehr sein. dass aus dieser Mehrheit aller aktiven Menschen nur fünf bis sechs vom Hundert die Hochschulen besuchen können. Grosse, geistige Werte werden nicht gefördert und zum Wohle des Volksganzen nicht genutzt! Wir müssen uns auch Rechenschaft geben, warum bestimmte Hochschulfächer eine rückläufige Zahl von Studierenden aufweisen, warum eine zu grosse Zahl von Studenten dem Ausland, besonders den USA, ihr Wissen und Können zur Verfügung stellt. Es geht um die Zukunft der Schweiz! Verantwortliche in Schulen, Kirchen, in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik: versteht die Zeichen der Zeit und handelt!

## J'accuse - ich klage an!

Drei Millionen Schweizerinnen und Schweizer stehen aktiv im Arbeitsprozess. Ein Zehntel als selbständig Erwerbende, neun Zehntel als unselbständig Erwerbende, als Lohn- und Gehaltsverdiener. Gewiss, dank dem Kampf der Arbeitenden bei uns und in der Welt ist es gelungen, Löhne und Gehälter zu erhöhen, verkürzte Arbeitszeit und bezahlte Ferien usw. zu erringen, Nahrung, Kleidung, Wohnung und Bildung zu verbessern. Und doch ist die Verteilung des grossen Sozialproduktes von 65 Milliarden Franken 1966, über 10 000 Franken je Kopf der Bevölkerung, höchst unterschiedlich. Einen Begriff dieser unterschiedlichen Verteilung gibt uns die Wehrsteuerstatistik. Millioneneinkommen stehen kleinsten und kleinen, insbesondere Arbeiter- und Bauerneinkommen gegenüber. Woher diese grossen Unterschiede? Wir leben auch in der Schweiz in einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Kapitalismus, ausgerichtet auf Gewinn und Profit! Unsere politische Männerdemokratie hat heute noch nur einen formalen. keinen realen Charakter. Sie gibt den schaffenden Menschen, Frauen und Männern, keine reale Möglichkeit, sich der demokratischen Rechte in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu bedienen! Die nur formale Freiheit, das nur formale Recht führt auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens bei den einen zur ständigen Unsicherheit gegenüber der Zukunft, bei den andern aber zur Anhäufung von ungeheuren Reichtümern, neben denen unsagbare Armut, tiefste Not und auswegloses Elend herrschen. Diese Spannung zwischen der realen und formalen Freiheit hängt mit dem realistischen Charakter der Wirtschaft zusammen: nicht die formalrechtlichen Voraussetzungen, sondern der Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln bestimmt die Stellung der Menschen auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Die pathetische und rhetorische Verteidigung der Freiheit seitens der bürgerlichen Ideologien, die damit den Sozialismus zu überwinden glauben, zeugt von der Doppeldeutigkeit des Begriffes der Freiheit, die dem Missbrauch der Freiheit Tür und Tor öffnet!

Die Freiheit im sozialen Leben muss jedem Menschen die reale Möglichkeit gewähren, nicht nur sein Leben zu fristen, sondern zugleich auch seine schöpferische Energie zum Ausdruck zu bringen und seine Berufung und Bestimmung zu erfüllen. Die realistische Auffassung der Freiheit verlangt eine Organisation der Gesellschaft, in der jedem Menschen das Recht auf Arbeit und Schaffen garantiert wird. Die Wertung des Menschen muss erfolgen nach dem, was er ist, nicht nach dem, was er besitzt!

Hier zeigen sich unserer Partei, den Sozialgesinnten aller Kreise und allen Gewerkschaften neue grosse Aufgaben, die gelöst werden müssen! Dabei stellt sich aber auch die Aufgabe der Lösung des Bauern-problems.

Die Bauernarbeit wird bei uns und in aller Welt noch nicht annähernd gewertet wie in den übrigen Wirtschaftszweigen. Das Arbeitseinkommen ist geringer und liegt bei den Berg- und Kleinbauern des Tales bei etwa 50 Prozent Einkommen eines Industrie- oder Gewerbearbeiters oder eines solchen der öffentlichen Betriebe. Allgemeinbildung, Berufsbildung, Bodenfrage, Entschuldung und Verbot der Verschuldung, Zusammenlegung der Betriebe (in Kantonen mit Realteilung: Anpassung des Erbrechts), Güterzusammenlegungen, Anwendung des Genossenschaftsprinzips bei Bebauung, Ernte, Verkauf und Maschinenverwendung usw., Gewährung vermehrter zinsloser Investitionskredite, das Land nur zum Ertragswert übernehmen,

Schaffung von Betrieben, die dem Bebauer ein Einkommen sichern im Verhältnis zu den andern Wirtschaftszweigen, muss erreicht werden. Auch die Bauernarbeit ist ihres Lohnes wert!

Für die Berggebiete kommt hinzu: Förderung von Industrie, Handwerk und Tourismus (in hierzu geeigneten Gebieten). Dazu zum Beispiel für die Täler des Goms, Ursern und Tavetsch: Bahntunnel von Oberwald bis Realp; für Oberwallis und Berner Oberland: Ausbau der Zufahrtsstrassen zum Lötschbergtunnel, von Gampel nach Goppenstein, von Spiez nach Kandersteg; Aufnahme in das Nationalstrassennetz. Ausbau der Sozialhilfen: Kinderzulagen je Kind und Monat 100 Franken; Haushaltszulagen je Monat weitere hundert Franken. Erhöhen der Kostenbeiträge usw., bis der Berg- und Kleinbauer des Tales das mittlere Einkommen eines Industriearbeiters erreicht!

Der Bauer als Gestalter der Heimat muss, auf freiem Land, durch Arbeit ein beglückendes Auskommen finden.

Für die Million Schweizerinnen und Schweizer, die im Schatten des Wohlstandes, an der Grenze des Elends leben: für die behinderten Kleinen und Grossen, für die Kranken, Alten und Invaliden müssen ihre Übel behebende Vorkehren her: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung und Medikamente; obligatorische Kranken- und Unfallversicherung mit Krankengeldern für Erwachsene, die sie vor der Not des Lebens schützen; Einführung der Mutterschaftsversicherung und Einführung der Kinderzulagen für alle Bevölkerungskreise; für Alte und Invalide Renten, die ihre Bedürfnisse decken und von Amtes wegen an die Kosten der Lebenshaltung und an das wachsende Volkseinkommen angepasst werden; ab 1. Januar 1969 Alters- und Invalidenrenten von monatlich 350 Franken für Einzelpersonen, 560 Franken für Ehepaare im Minimum. Koordination der Renten aller Sparten der sozialen Sicherheit; für die Lohn- und Gehaltsarbeiter: Bezahlung der Beiträge durch die Wirtschaft, die Unternehmer. Und das Ziel: Her mit der Volkspension!

Die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht aber der Mensch für die Wirtschaft!

Deshalb verlangt, fordert und kämpft die echt sozialistisch-christliche, die echt christlich-sozialistische Lehre für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der *Dienste*, nicht des Verdienens, der Ausbeutung und des Profites; des körperlichen und geistigen Wohlstandes für *alle*, statt der *Bereicherung* der einzelnen!

Was erreicht werden soll und muss:

Dass der Bund, die Eid-Genossenschaft, ihren Zweck voll erfülle: die gemeinsame Wohlfahrt aller Eidgenossen!

Zu diesem heil'gen Kampfe rufe ich Sie, meine Herren Nationalräte, Sie, meine Herren Bundesräte und das ganze Schweizervolk auf! Es muss endlich wahr werden, was die neue Lehre verkündet: dass sie den Menschen hinstellt in den Weltenraum und auf Erden; die Arbeit hinter ihm, die Gleichheit unter ihm, die Liebe zu seiner Linken, die Gerechtigkeit zu seiner Rechten, aber die Schönheit in ihm! So sei's!

Sursum corda! Empor die Herzen!

In diesem Sinn und Geist erkläre ich die erste Sitzung der 38. Legislaturperiode als eröffnet.

Mit Mut an die Arbeit!

# Erziehung zur Selbständigkeit

Wenn Nationalrat Karl Dellberg mit Recht auf den immer breiter werdenden Graben zwischen den westlichen, reichen Nationen und den Völkern der dritten, der unterentwickelten Welt hinweist (s. S. 352) und besonders die ungenügende Anstrengung der sich zur «Solidarität» bekennenden reichen Schweiz anprangert, wird man ihm vielleicht entgegenhalten, Entwicklungshilfe, wie sie bis jetzt geübt worden, sei überhaupt problematisch, das heisst, sie sei ausserstande, den Völkern zu helfen, sich aus dem Elend emporzuarbeiten. Fest steht allerdings, dass sie mengenmässig dem Tropfen auf den heissen Stein gleicht. Ein Artikel in der Genfer «Ecumenical Review» (Oktober 1967)\* von Präsident Julius Nyerere von Tansania zeigt, wie dieser moderne Führer eines afrikanischen Volkes - man darf da wirklich von Führung sprechen - seine Leute ermahnt, sich auf den Boden der Wirklichkeit zu stellen und, ohne auf die Hilfe vom Ausland zu warten, aber im Vertrauen auf ihre eigene Kraft und ihre eigenen Ideen von Volksgemeinschaft, ihr Aufbauwerk durchzuführen. Leider müssen wir Präsident Nyereres Ausführungen stark kürzen, hoffen aber doch, dass ihnen die Überzeugungskraft seiner Argumente nicht verlorengeht.

Präsident Nyerere erklärt sein Anliegen kurz und bündig so:

Unser Staat kann unmöglich pro Jahr 147 Millionen Schilling ausgeben, damit ein Teil unserer Kinder geschult werde, wenn diese Ausbildung nicht dazu hilft, jene Volksgemeinschaft aufzubauen, die wir wünschen.

Die Erziehung unserer Kinder erfüllt diesen Zweck, wenn sie die vererbte Weisheit und das Wissen der Gesellschaft auf die kommende Generation überträgt, die jungen Leute auf ihre Eingliederung in diese Gesellschaft vorbereitet und ihre aktive Mitwirkung an deren Bestehen oder Weiterentwicklung fördert.

Wenn die vorkoloniale Gesellschaft keine Schulen kannte, so heisst dies nicht, dass die Kinder nicht erzogen wurden. Sie lernten durch ihr Leben und tägliches Tun. Sie teilten die Arbeit der Älteren und erfuhren die Stammesgeschichte aus ihren Erzählungen. Durch dieses Tun und die Gewohnheit des Teilens, der die Jungen sich zu unterziehen angehalten wurden, wurden die sittlichen Werte übermittelt.

Die Erziehung unter kolonialer Herrschaft jedoch wollte nicht die junge Generation zum Dienst an ihrem Land vorbereiten. Sie bemühte sich, der aufwachsenden Generation die Begriffe und Werte der Kolonial-Gesellschaft beizubringen und geeignete junge Leute als untere Kolonialbeamte auszubilden. Verschiedene religiöse Gruppen schliesslich schulten Kinder im Lesen und Schreiben als Teil ihrer Missionsarbeit. Ihre Arbeit soll nicht

<sup>\*</sup> Zum Vergleich: «Neue Wege», Februar 1966, Father Huddleston.